

Kasten 6.1

Rekommunalisierung: Rückführung der Wasserversorgung in öffentliche Hände

In den letzten 20 Jahre hat eine wachsende Zahl von Kommunen die zuvor privatisierte Wasserversorgung wieder zurück in öffentliche Hände übertragen – ein Phänomen, das als Rekommunalisierung bezeichnet wird.

Die Privatisierung war zuvor in unterschiedlicher Weise erfolgt, sei es durch den Verkauf öffentlicher Wasserwerke an private Eigentümer, die Auslagerung von Dienstleistungen oder öffentlich-private Partnerschaften (PPP).

In den meisten Fällen ging die Rekommunalisierung mit einer vorzeitigen Beendigung laufender Verträge mit privaten Unternehmen einher. In den anderen Fällen warteten die Stadtverwaltungen, bis die Laufzeit der Verträge endete, um dann die Privatisierung rückgängig zu machen und zu einem öffentlich verwalteten und demokratisch kontrollierbaren Wasserversorgungssystem zurückzukehren.

Für die Jahre 2000 bis 2020 dokumentiert die Datenbank „Public Futures“ die Transnational Institute 330 Fälle von Wasser-Rekommunalisierung in 39 Länder auf der ganzen Welt.¹ Zu den Städten mit einer rekommunalisierten Wasserversorgung zählen Accra (Ghana), Almaty (Kasachstan), Antalya (Türkei), Bamako (Mali), Bogota (Kolumbien), Budapest (Ungarn), Buenos Aires (Argentinien), Conakry (Guinea), Dar es Salaam (Tansania), Jakarta (Indonesien), Johannesburg (Südafrika), Kampala (Uganda), Kuala Lumpur (Malaysia), La Paz (Bolivien), Maputo (Mozambique) und Rabat (Marokko). Aus Deutschland stehen 18 Beispiele auf der Liste, darunter die Städte Berlin, Rostock, Darmstadt und Solingen.

Die Gründe für die Rekommunalisierung sind vielfältig. In einigen Fällen war die Leistungsfähigkeit und Qualität der Wasserversorgung durch die privaten Anbieter gesunken, in anderen gab es Konflikte über Preiserhöhungen oder intransparente Betriebskosten, in wieder anderen wurden Investitionen in die Wasserinfrastruktur vernachlässigt.

Auch wenn jeder Fall unterschiedlich ist, gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Rekommunalisierung häufig zu Kosteneinsparungen, höheren Investitionen in die Wasserinfrastruktur und einem größeren Maß an Transparenz führte. In zahlreichen Fällen hat die Rekommunalisierung die Chance eröffnet, die öffentliche Wasserwirtschaft rechenschaftspflichtiger und partizipativer zu machen und stärker an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten.²

1 <https://publicfutures.org>

2 Siehe dazu auch die Informationen der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) unter <https://aoew.de/>.